

# Unser Staat ?

Manuskript zum Film  
von Werner May

Ich beginne mal mit einer ganz einfachen Frage:

## **In welchem Staat leben Sie eigentlich?**

Ich weiß, das ist eine dumme Frage, denn von klein auf wird uns erzählt wir leben in der Bundesrepublik Deutschland und das sei ein Staat.

Überprüfen wir diese Behauptung einmal.

Ein Staat wird allgemein definiert durch ein Staatsgebiet, ein Volk, eine Verfassung und eine Regierung.

Beginnen wir mit der

## **Bundesrepublik Deutschland.**

Die BRD wurde mit der Schaffung des Grundgesetzes 1949 als ein Staatsfragment gegründet. Carlo Schmid, der Sprecher des Parlamentarischen Rates sagte damals klar und deutlich im Originalton:

Zitat

Deshalb gibt es auch keine Verfassung sondern ein Grundgesetz. Damals wurde also kein **Staat** Bundesrepublik Deutschland gegründet. Ein Teil Deutschlands wurde reorganisiert.

In der englischen und in der französischen Sprache wird das deutlich, wie man dem Personalausweis entnehmen kann:



Federal Republic **of** Germany – Bundesrepublik **von** Deutschland

Republique Federale **d'**Allemagne – Bundesrepublik **von** Deutschland

Die Bundesrepublik **von** Deutschland ist demnach nur ein Teil von dem gesamten Deutschland.

In dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. Sept. 1990 heißt es:

*„Das **vereinte Deutschland** wird die Gebiete der **Bundesrepublik Deutschland**, der **Deutschen Demokratischen Republik** und Ganz **Berlins** umfassen...“*

Die Bundesrepublik wurde 1990 bei den Vereinten Nationen abgemeldet und Deutschland (Germany) wurde angemeldet.

Sehen wir uns die Seite der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen einmal genauer an.

Unter „D“ findet man „Deutschland“ und das Datum 18. September 1973.

In der Erklärung heißt es, die DDR und die BRD „wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Durch den Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 haben sich die beiden deutschen Staaten vereinigt und bilden einen souveränen Staat.“

Ich weiß ja nicht wie die Gehirnzellen bei den Vereinten Nationen ticken, aber das ist doch der größte Unsinn.

Wenn die DDR der BRD beitrifft besteht die BRD weiter, vergrößert um das Gebiet der DDR.

Durch den Beitritt der DDR zur BRD entsteht nicht „D“ wie „Deutschland“. Und wenn Deutschland am 3. Oktober 1990 durch den Beitritt der DDR zur BRD entstanden sein sollte, warum steht dann hinter Deutschland das Datum 18. September 1973?

Mitgliedstaaten der Vere...

www.unric.org/de/pressemitteilungen/4116-dik

Demokratische Volksrepublik Laos	14. Dezember 1955
<b>Deutschland</b>	<b>18. September 1973</b>
-- Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Durch den <b>Beitritt</b> der Deutschen Demokratischen Republik <b>zur Bundesrepublik Deutschland</b> am 3. Oktober 1990 haben sich die beiden deutschen Staaten vereinigt und bilden einen <b>souveränen Staat</b> .	
Dominica	18. Dezember 1978
Dominikanische Republik	24. Oktober 1945
Dschibuti	20. September 1977
Ecuador	21. Dezember 1945

Glaubt man den Lügen der Vereinten Nationen, dann ist der „souveräne Staat“ „**Deutschland**“ am 18. September 1973 den Vereinten Nationen beigetreten.

Demnach gibt es die Bundesrepublik von Deutschland heute gar nicht mehr.

Werfen wir einen Blick auf die Staatsmerkmale:

**Gebiet:** Durch Löschung des Geltungsbereichs des Grundgesetzes hat die BRD seit 1990 kein „Staats“gebiet mehr.

**Volk:** Es gibt kein Volk der BRD. Es gibt nur das deutsche Volk und das lebt innerhalb der Grenzen vom 31.12.1937.

**Verfassung:** Statt einer Verfassung haben wir das „Grundgesetz“, das im Auftrag und unter Kontrolle der Besatzungsmächte erstellt wurde.

**Regierung:** Alle 4 Jahre lässt sich eine Regierung der BRD grundgesetzwidrig von illegalen Mandatsträgern wählen, die sich mit einem ungültigen Wahlgesetz ins Amt hiefen.

## Deutschland

„Deutschland“ ist das Land innerhalb der Grenzen von 1937, so die offizielle völkerrechtlich verbindliche Definition, die man seit dem 18. Sept. 1944 in der „*Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung-Deutschland*“ nachlesen kann.

SHAEF\_Militaergesetze

**Artikel VII — Begriffsbestimmungen**

9. Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

a) „Personen“ bedeutet jede samthandsgemeinschaft und jede juristische Rechts, die gesetzlich fähig ist, Vermögen benutzen, in Kontrolle zu nehmen oder darüber

b) „Geschäftliches Unternehmen“ bedeutet Handelsgesellschaft, Vereinigung, Körperschaft, Handelsgeschäft oder ein sonstiges Wohlfahrtstätigkeit ausüben.

c) „Vermögen“ bedeutet jedes b sowie alle gesetzlichen und auf Recht und Eigentumsrechte und Interessen oder gegen Ueberlassung von Vermögen und schließt ins ohne daß diese Aufzählung erschöpfend Aktien, Wertpapiere, Patentrechte, Gebrauchseigentumsurkunden, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüche, Verbindlichkeiten, andere Schuldurkunden, Kunst- und Kulturgegenstände.

d) Ein „Staatsangehöriger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet, ein Untertan oder Staatsbürger sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, eine Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat.

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

**SAMMLUNG**  
der  
**Gesetze,  
Verordnungen, Anweisungen und  
Anordnungen**  
der  
Militärregierung - Deutschland  
(Englischer und deutscher Text)

Festgelegt wurde das im Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland am 12. September 1944.

**Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin**

London, 12. September 1944

in Kraft seit 7./8. Mai 1945

geändert durch  
Abkommen über Ergänzungen zum Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 14. November 1944  
Abkommen über Ergänzungen zum Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 26. Juli 1945

Inkrafttreten der letzten Fassung: 13. August 1945

Vertragsstaaten:  
Großbritannien,  
Sowjetunion,  
Vereinigte Staaten  
Frankreich (erst im Abkommen vom 26. Juli 1945, den anderen Vereinbarungen war Frankreich nur beigetreten)

(Übersetzung)

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vorläufige Regierung der Französischen Republik haben folgendes Abkommen im Hinblick auf die Ausführung des Artikels 11 der Urkunde der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands geschlossen:

1. **Deutschland** wird **innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden**, zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt, von denen je eine einer der vier Mächte zugewiesen wird, und ein besonderes Berliner Gebiet, das der gemeinsamen Besatzungshoheit der vier Mächte unterworfen wird.

Laut Internetseite des Europarates ist „**Deutschland**“ dem Europarat als 14. Mitglied 1950 beigetreten und seither hat „Deutschland“ Internationale Verträge unterschrieben.

Glaubt man dem Auswärtigen Amt, dann ist die **Bundesrepublik** „*als assoziiertes Mitglied 1950 in den Europarat aufgenommen worden*“ und seit dem 2. Mai 1951 sei **Deutschland** Vollmitglied.

www.eu-info.de/europa/europarat/

der Europarat den demokratischen Kernprozess und die Verbesserung der Rechtsstandards in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

**Mitgliedstaaten**

Die Mitgliederzahl ist seit Anfang der 90er Jahre auf 47 gewachsen. In der Parlamentarischen Versammlung genießen Kanada, Israel und Mexiko, im Ministerkomitee die USA, Kanada, Japan und der Heilige Stuhl Beobachterstatus.

Der Europarat wurde von folgenden zehn Staaten gegründet: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden. Bereits im August 1949 traten Griechenland und die Türkei bei.

Die weiteren Beitritte:

Island und **Deutschland (1950)**, Österreich (1956), Zypern (1961), Schweiz (1963), Malta (1965), Portugal (1976), Spanien (1977), Liechtenstein (1978), San Marino (1988), Finnland (1989), Ungarn (1990), Polen (1991), Bulgarien (1992), Estland, Litauen, Slowenien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Rumänien (1993), Andorra (1994), Lettland, Albanien, Moldawien, Ukraine, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (1995), Russische Föderation, Kroatien (1996), Georgien (1999), Armenien und Aserbaidschan (2001), Bosnien und Herzegowina (2002), Serbien (2003), Monaco (2004), Montenegro (2007)

www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Euro

Einreise & Aufenthalt | Auswärtiges Amt | Reise & Sicherheit

Sie befinden sich hier: Startseite > Außen- und Europapolitik > Europa > Europarat

Übersicht

Schwerpunkte deutscher Außenpolitik

**Europa**

- Der Wert Europas
- Deutschland in der EU
- Europa der Bürger
- Erweiterung
- Bilaterale Beziehungen zu

**Europarat**

Das Gebäude des Europarats  
© picture alliance / Frank Rumpenhorst

**65 Jahre Europarat**

Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 als erste der großen europäischen Nachkriegsorganisationen gegründet. 2014 begeht er sein 65-jähriges Jubiläum. Sein Sitz befindet sich in Straßburg (Frankreich).

Am **13. Juli 1950** wurde die **Bundesrepublik Deutschland** als assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen. Seit dem 2. Mai 1951 ist **Deutschland** Vollmitglied.

Heute gehören dem Europarat 47 Staaten als Mitglieder an - alle europäischen Flächenstaaten mit Ausnahme von Belarus und Kosovo. Sechs weitere Staaten haben Beobachterstatus im Europarat: Heiliger Stuhl, Israel, Japan, Kanada, Mexiko und die Vereinigte Staaten.

Hier merkt man schon, dass die Volksverdummung auch auf der internationalen Ebene fortgeführt wird. Man tut so, als sei die BRD identisch mit Deutschland.

Werfen wir also wieder einen Blick auf die Staatsmerkmale:

**Gebiet:** „Deutschland“ ist das Land (Deutsches Reich) innerhalb der Grenzen von 1937 und etwa 1/3 größer als die Bundesrepublik Deutschland.

**Volk:** Deutsches Volk wie es im Artikel 116 GG definiert ist. Im Grunde genommen kann man sich immer an diesem seltsamen Datum, dem 31.12.1937 orientieren, wenn man wissen will, ob man es mit der BRD oder mit Deutschland zu tun hat.

**Verfassung:** Deutschland hat keine Verfassung.

**Regierung:** Die Regierung der BRD gibt sich auch als Regierung des „vereinten Deutschland“ aus, ist jedoch nicht von dem Deutschen Volk gem. Artikel 116 GG gewählt und hat auch keine Hoheitsrechte über das gesamte Gebiet Deutschlands. Daher gibt es keine rechtmäßige Regierung von Deutschland.

## Das Reich

Laut Bundesbesoldungsgesetz § 29 vom 21. Dezember 2008 war der oberste „Öffentlich-rechtliche Dienstherr“ aller Bundesbeamten „Das Reich“.

### § 29 Öffentlich-rechtliche Dienstherrn

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherrn im Sinne dieses Gesetzes sind **das Reich**, der Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

Laut Inhaltsverzeichnis haben die Hüter von Recht und Ordnung ihren Sold vom Reich erhalten, ohne, dass das den Beamten, Soldaten, Professoren, Richtern, Staatsanwälten und den Bundespolizisten aufgefallen wäre.

### Inhaltsverzeichnis

1.	Abschnitt:	Allgemeine Vorschriften	§§ 1 bis 17a
2.	Abschnitt:	Grundgehalt, Leistungsbezüge an Hochschulen	§§ 18 bis 38
1.	Unterabschnitt:	Allgemeine Grundsätze	§§ 18 bis 19a
2.	Unterabschnitt:	Vorschriften für <b>Beamte und Soldaten</b>	§§ 20 bis 31
3.	Unterabschnitt:	Vorschriften für <b>Professoren sowie hauptberufliche Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen</b>	§§ 32 bis 36
4.	Unterabschnitt:	<b>Vorschriften für Richter und Staatsanwälte</b>	§§ 37 und 38
3.	Abschnitt:	Familienzuschlag	§§ 39 bis 41
4.	Abschnitt:	Zulagen, Vergütungen	§§ 42 bis 51
5.	Abschnitt:	Auslandsbesoldung	§§ 52 bis 58a
6.	Abschnitt:	Anwärterbezüge	§§ 59 bis 66
7.	Abschnitt:	(weggefallen)	§§ 67 und 68
8.	Abschnitt:	Dienstbekleidung, Heilfürsorge, Unterkunft für Soldaten und Polizeivollzugsbeamte in der <b>Bundespolizei</b>	§§ 69 und 70
9.	Abschnitt:	Übergangs- und Schlussvorschriften	§§ 71 bis 86

Als das im Internet bekannt gemacht wurde, wurde der Paragraph 29 des Bundesbesoldungsgesetzes schnell geändert. Heute ist der ominöse Bund der oberste Dienstherr der Gesetzes- und

### § 29 Öffentlich-rechtliche Dienstherrn

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherrn im Sinne dieses Gesetzes sind **der Bund**, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

Ordnungshüter.

Im Bundesbeamtengesetz konnte man bis zum 11. Februar 2009 nachlesen:

diese Vorschrift wurde aufgehoben und galt bis inkl. 11.02.2009  
>>> zur aktuellen Fassung/Nachfolgeregelung

**Bundesbeamtengesetz (BBG)**

neugefasst durch B. v. 31.03.1999 BGBl. I S. 675; aufgehoben durch Artikel 17 G. v. 05.02.2009 BGBl. I S. 160; Geltung ab 01.01.1977  
FNA: 2030-2; 2 Verwaltung 20 Allgemeine innere Verwaltung 203 Recht der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen 2030 Beamte  
6 frühere Fassungen des BBG | 272 Vorschriften zitieren das BBG

**Abschnitt IX Übergangs- und Schlußvorschriften**

§ 184 BBG ← → § 186 BBG

**§ 185**

Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

Als Reichsgebiet gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937.

Auch wenn die Urteile des Bundesverfassungsgericht ungültig sind, wie der Film „Das Bundesverfassungsgericht“ zeigt, so hat dieses mehrfach festgestellt:

*„Das Grundgesetz geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat ... noch später untergegangen ist...“*

und: *„Das Deutsche Reich existiert installation, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat ... nicht handlungsfähig.“*

**Haager Landkriegsordnung Artikel 43 lautet:**

*“Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.”*

In NJW 1973 Heft 35, Entscheidungen – Bundesverfassungsgericht, S. 1540, heißt es in Spalte 1 und 2:

*“Das GG (Grundgesetz) – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG.“*

*“Das Deutsche Reich existiert installation (BVerfGE 2, 266 [277] = NJW 53, 1057; BVerfGE 3, 288 [319 f.] = NJW 54, 465; BVerfGE 5, 85 [126] = NJW 56, 1393; BVerfGE 6, 309 [336, 363] = NJW 57, 705), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.“*

Wer ist hier eigentlich handlungsfähig, wenn die Bundesbeamten tatsächlich Reichsbeamten waren? Wirft man einen kurzen Blick in den Artikel 5 des **Rechtsberatungsgesetzes** von 2008, übrigens ein Nazigesetz von 1935, dann erfährt man, dass die Ausführungsvorschriften vom Reichsminister der Justiz erlassen wurde.

Mit anderen Worten:

Sämtliche Rechtsanwälte, die vor 2008 ihre Tätigkeit aufgenommen haben, haben nicht bemerkt, dass ihre Gesetzesgrundlage von einem Reichsminister stammt und damit ungültig ist.

## Art 5

(1) Die Ausführungsvorschriften werden im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern zu Artikel 1 dieses Gesetzes von dem Reichsminister der Justiz, ... erlassen. Hierbei können ergänzende Bestimmungen getroffen, insbesondere Einschränkungen oder Erweiterungen der Erlaubnispflicht bestimmt werden.

Auch dieses Gesetz wurde schnell geändert, nachdem einige kritische Geister sich darüber lächerlich gemacht haben.

Gibt es das Reich jetzt noch ?

Zur Beantwortung der Frage werfen wir wieder einen Blick auf die Staatsmerkmale:

**Gebiet:** Nach Artikel 140 des Grundgesetzes gilt noch das Reichsgebiet von 1919.

### Art. 140 GG

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Werfen wir einen Blick in den Artikel 137 (2) dann lesen wir:

...Der Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen.

Demnach müsste sich die Hoheitsgewalt der Bundesregierung auf das Reichsgebiet vom 11. August 1919 beziehen. Das ist natürlich Quatsch, aber der Quatsch steht so im Grundgesetz.

Im Artikel 116 (1) GG dagegen ist die Bundesregierung nur für alle Deutschen zuständig, die sich im Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 befinden. Das ist natürlich Quatsch, denn die Ostgebiete gehören nicht zur BRD. Das Hoheitsgebiet der BRD endet an der Grenze zu Polen. - Aber der Quatsch steht so im Grundgesetz.

Wie kann man das Grundgesetz als Verfassung bezeichnen, wenn der eigentliche Geltungsbereich 1990 gelöscht wurde und die verbliebenen Gebietsdefinitionen widersprüchlich und unsinnig sind?

**Volk:** Das Volk ist unbekannt, da es widersprüchliche Angaben über das Gebiet gibt. Bekannt ist jedoch, dass es kein Volk der Bundesrepublik von Deutschland gibt.

**Verfassung:** unbekannt, da es widersprüchliche Angaben über das Gebiet gibt.

**Regierung:** unbekannt.

## Der Bund

Laut Bundesbesoldungsgesetz § 29 von 2009 ist der oberste „Öffentlich-rechtliche Dienstherr“ aller Bundesbeamten heute „Der Bund“. „Der Bund“ ist seit 2009 der Nachfolger von „das Reich“.

### § 29 Öffentlich-rechtliche Dienstherrn

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherrn im Sinne dieses Gesetzes sind der Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

„Der Bund“ taucht über 20 Mal im Grundgesetz auf.

Nach Artikel 23(5) GG hat der Bund „das Recht zur Gesetzgebung...“, regelt der Bund „zwischenstaatliche Streitigkeiten“ (Art. 24(3) GG), hat der Bund Gesetzgebungsrecht (Art. 72(1,2,3) GG), führt der Bund Gesetze aus (Art. 86 GG), stellt der Bund Streitkräfte auf (Art. 87a), nimmt der Bund Aufgaben der Eisenbahnverkehrsverwaltung wahr (GG 87e), gewährleistet der

Bund, dass **dem Wohl der Allgemeinheit** Rechnung getragen wird (Art. 87e(4)), gewährleistet der Bund im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen (Art. 87 e(1)).

Nach Artikel 88 GG errichtet der Bund „eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank...“ Der Bund ist Eigentümer der bisherigen **Reichsautobahnen und Reichsstraßen** (Art.90 GG) und der Bund errichtet „oberste Gerichtshöfe“ (Art. 95 GG). Nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern der Bund trat 1949 „in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“ (Art. 133 GG)

Wer nun genau dieser ominöse Bund ist, kann man dem Grundgesetz nicht entnehmen. Entnehmen kann man ihm, dass die BRD nicht identisch mit dem Bund ist, sonst würde dort überall Bundesrepublik Deutschland stehen statt „Der Bund“.

Werfen wir wieder einen Blick auf die Staatsmerkmale um uns Klarheit zu verschaffen:

**Gebiet:** Das Gebiet ist unbekannt da kein Geltungsbereich existiert. - Aber vielleicht beschränkt sich der Bund ja auf die bisherigen Reichsautobahnen und Reichsstraßen?

**Volk:** Ein Bundesvolk gibt es nicht und laut Grundgesetz ist das Wohl der (weltweiten) „Allgemeinheit“ ein großes Anliegen des Bundes.

**Verfassung:** unbekannt

**Regierung:** unbekannt

So und damit kehren wir zur Ausgangsfrage zurück:

**In welchem Staat leben Sie eigentlich?**

Das illegale Bundesverfassungsgericht meint ja: „Das Deutsche Reich existiert ...noch“.

Das dürfen Sie aber nicht laut sagen, sonst werden sie als „Reichsdeutscher“ abgestempelt und mit Führerscheinenzug oder Psychiatrie bedroht.

Also bleiben Sie besser bei „DEUTSCH“ wie es in Ihrem Personalausweis steht, auch wenn das kein Staat ist und lassen Sie sich weiter von Politik, Justiz und Medien für dumm verkaufen.



Seit 2006 frage ich bei den Behörden nach, die vorgeben für mich zuständig zu sein, welchem Staat ich angehöre. Auf die Antwort warte ich noch heute. Damit verstoßen die Angestellten der angeblich staatlichen Behörden vorsätzlich gegen internationales Recht. Ihre Pflicht zur Beantwortung dieser Frage steht nämlich in dem „Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ (Straßburg/Strasbourg, 6.XI.1997).

Hier die entsprechenden Auszüge:

Der Artikel 4 lautet:

„Die Staatsangehörigkeitsvorschriften jedes Vertragsstaats müssen auf folgenden Grundsätzen beruhen:

a. Jeder hat **das Recht auf eine Staatsangehörigkeit;**

b. Staatenlosigkeit ist zu vermeiden;

c. niemandem darf die Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen werden;

Der Artikel 10 lautet:

„Jeder Vertragsstaat stellt sicher, dass **Anträge auf ... Bestätigung der Staatsangehörigkeit in angemessener Zeit bearbeitet werden.**“

Der Artikel 12 lautet: Recht auf eine Überprüfung

„Jeder Vertragsstaat stellt sicher, dass Entscheidungen über ... die Bestätigung seiner Staatsangehörigkeit in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht einer **Überprüfung durch die Verwaltung oder die Gerichte** unterzogen werden können.“

Sie haben das Recht auf eine Überprüfung der Staatsangehörigkeit. Nehmen Sie dieses Recht doch einfach mal wahr und lassen Sie sich durch die Verwaltung oder die Gerichte aufklären welchem Staat Sie eigentlich angehören.

Ich wünsche Ihnen Viel Spaß dabei.

Auf der nächsten Seite sind weitere Filme:

[Im Auftrag, Wie Unrecht zuRecht gebogen wird, Unterschriften, Ausfertigungen](#)

Dass sämtliche **Bundestags-Wahlen** seit 1957 ungültig sind und damit alle Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Minister und sämtliche seither beschlossenen Bundesgesetze illegal sind erfahren Sie hier: [Die Wahlen](#)

Dass selbst das Bundesverfassungsgericht grundgesetzwidrig besetzt wird und damit sämtliche Urteile der beiden Senate ungültig sind können Sie hier überprüfen: [Das Bundesverfassungsgericht](#)

Welche Gesetze sonst noch ungültig sind zeigt dieser Film: [Das Zitiergebot](#)

Dass die Jobcenter sich auf illegale Gesetze berufen erfahren Sie hier: [Ist das Jobcenter eine Kriminelle Vereinigung ?](#)

Warum und wie Staatsorgane die Bewohner dieses Landes ausnehmen und entrechten können erfahren Sie hier: [Die Würde des Menschen](#) [Wie wir unsere Würde zurückgewinnen können](#)

Mit diesen Filmen sollten Sie anfangen, damit sie ein besseres Verständnis für die tatsächlichen Zusammenhänge bekommen.

Wieso auch die Staatsanwälte illegal amtieren zeigt dieser Film: [Die Staatsanwaltschaft.](#)

Auch die Rechtsanwalts- und andere Kammern sowie die Innungen haben keine Gesetzesgrundlage für ihre Zwangsgliedschaft: [Der Kammerzwang.](#)

Bewegt man sich auf der Internationalen Ebene, so sieht es nicht besser aus. Darüber informieren Sie meine Beiträge: [Die Vereinten Nationen](#), [Folterflüge Teil 1](#) [Folterflüge Teil 2](#) [Folterflüge Teil 3](#)

Wer glaubt, dieser weltweite Betrug durch Kapital und Politik sei zufällig, der irrt. Dass diese Machenschaften in der jetzigen Zeit aufgedeckt werden hat seinen tieferen Sinn. Wir befinden uns in einem radikalen Umbruch. Wohin der Weg gehen wird zeigen diese Filme. Sie sollten sie sich auch dann ansehen, wenn sie nicht an Gott glauben: [Worte an die Herrschenden](#) [Worte an meine Kinder](#) [Worte an die Priester](#)

In einem weiteren Film hatte ich aufgezeigt, wie man den Kapitalismus mit seinen Auswirkungen überwinden kann um ein menschliches Miteinander zu leben. Dieser Film ist der youtube-Zensur zum Opfer gefallen. Na vielleicht dürfen Sie ihn sich ja doch noch ansehen: [Aus der Hölle ins Paradies.](#)

**Weitere Filme und Texte finden Sie auf meiner Web-Seite: [www.widerstand-ist-recht.de](http://www.widerstand-ist-recht.de)**



Werner May - Im Paradies - 17309 Fahrenwalde  
**werner(at)paradies-auf-erden.de**